

Etatsberatung im Reichstag.

Der Reichstag zeigte heute in seiner ganzen Physiognomie, daß eine wesentliche Beruhigung und Besänftigung eingetreten ist, wenigstens soweit die Parteien der Rechten in Betracht kommen. Von der äußersten Linken her sind freilich Ueberraschungen nicht ausgeschlossen, aber sie werden nichts an der Tatsache ändern, daß von der Mehrheitsregierung und der Mehrheitsbildung im Reichstag ein Einfluß ausgeht, der Störungen in erhöhtem Maße auszuschließen geeignet ist, als das bei den reinen Beamtenregierungen der Fall war.

Der erste Redner war der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei Dr. Wiemer, der sich verhältnismäßig kurz faßte, und in den Fragen der inneren wie der äußeren Politik der Regierung das volle Vertrauen aussprach, meinte, die Erregung der Konservativen, die sich in dem Sturm gegen Payer gezeigt habe, sei lediglich darauf zurückzuführen, daß sie ihre Herrschaft wanken fühlen.

Ihre eigene Schuld sei, wenn sie jetzt mehr oder weniger ausgeschaltet sein. Vielleicht ist diese Äußerung, die wie eine Absage klang, für die Konservativen ein Anlaß, sich zu überlegen, ob sie diese Politik, die sie in eine so unbequeme Lage gebracht hat, nun dauernd festhalten wollen.

In den langen, mit großer Aufmerksamkeit angehörten Äußerungen des Nationalliberalen Führers Dr. Stresemann fanden die außenpolitischen Bemerkungen Beifall bei einem sehr großen Teile des Hauses einschließlich der Rechten. Daß Herr Dr. Stresemann in den Ostfragen sich zu einer kurzfristigen Politik bekehrt hat, ist nicht neu.

Ebenso wenig konnte Ueberraschen, daß er gegen die Vorwegnahme der belgischen Frage Bedenken äußerte, zu denen die Rede des Reichskanzlers begründeten Anlaß bot. Ueber die Notwendigkeit, eine Kriegsentwädigung von Rumänien zu erlangen, wenn auch nicht in Geld, sondern in wirtschaftlichen Werten, wußte der Redner eine Reihe von Beweisstellen anzuführen, die ihren Eindruck nicht verfehlten. Man hörte u. a. mit heiterem Interesse, daß der Abgeordnete früher gedroht hat, er werde handgreiflich werden, wenn man ihm noch einmal nachsage, er habe den Ausspruch getan: Jeder trage seine Last.

Sitzung vom 27. Februar.

Am Bundesratstisch: v. Payer, Graf Roeder, Dr. Solf, Wallraf.

Ein Antrag des Vorsitzenden des außerordentlichen Kriegsgerichts in Bremen zur Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Henke wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zum Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand wird abgelehnt.

Abg. Dr. Wiemer (Up.):

Den Auffassungen des Abg. v. Henkebrand über äußere und innere Politik steht die Mehrheit des Reichstages entgegen. Auf diese Mehrheit stützt sich die Regierung in ihrer Politik. Unsere Verhandlungen stellen einen Fortschritt auf der Bahn parlamentarischer Entwicklung dar. Den Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik haben die Vertreter der Mehrheit zugestimmt, soweit sie bisher gesprochen haben. Auch wir tun das.

Wir erklären uns einverstanden mit den Bedingungen des mit Rußland jetzt abzuschließenden Friedensvertrages, vorbehaltlich der Nachprüfung des Vertrages selbst. Wir sprechen dabei den Wunsch aus, daß die Reichsregierung auf den baldigen Rücktransport der verletzten Ostpreußen mit aller Kraft hinarbeiten müsse. (Beifall.) Auf die Ostfragen gehen wir jetzt nicht näher ein, sie werden ja später eingehend erörtert werden. Soviel sei gesagt, daß auch wir größtes Gewicht auf die Wiederherstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland legen. (Beifall bei der Opt.) Wir glauben nicht, daß dieses Ziel nur durch Erfüllung der Forderungen der Bolschewiki erreicht werden kann. Der Artikel I des Friedensvertrages spricht davon, daß beide Nationen entschlossen sind, in Frieden und Freundschaft weiter zusammenzuleben. Wenn die russische Regierung diesen Artikel jetzt unterzeichnet, so wird sie auch in seinem Sinne handeln.

Wir stellen uns auf den Boden der Erklärungen des Kanzlers, daß uns Eroberungen fern liegen. An der Stärke der deutschen Position, die in dem Gedanken des Verteidigungskrieges wurzelt, darf nicht gerüttelt werden. (Beifall links.) Nur durch das Festhalten an diesem Gedanken wird verhindert werden können, daß der eiserne Ring, der jetzt durch die unvergleichliche Tapferkeit unserer Heere zerprengt ist, sich wieder zusammenschließt. (Sehr wahr! links.)

Wir billigen auch, was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat. Bei allen Parteien besteht Einverständnis darüber, daß wir Belgien nicht behalten wollen. Dieses gemeinsame Ziel aber wird nicht gefördert durch Ausführungen, wie sie gestern Herr v. Henkebrand über Belgien gemacht hat. (Sehr wahr! links.) Einzelheiten werden am Beratungstisch zu regeln sein. Jetzt genügt zur Wahrung der deutschen Interessen die Forderung des Reichskanzlers, daß Belgien nicht wieder der Lummelsack feindlicher Mächte werden darf. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann wird die Wiederaufnahme guter Beziehungen zu Belgien, die wir im Interesse beider Nationen lebhaft wünschen, keine Schwierigkeiten machen. (Sehr wahr! links.) Herr v. Henkebrand hat gestern von einem Zurückweichen von früheren Forderungen gesprochen und hat dabei auf den Fürsten Bismarck verwiesen, der es verstanden habe, militärische Erfolge auch politisch auszunützen. Dabei hat sich gerade Fürst Bismarck wiederholt bitter darüber beklagt, daß ihm von den Militärs alle möglichen Schwierigkeiten gemacht würden, und hat es abgelehnt, der militärischen Ressortpolitik entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik einzuräumen. (Sehr wahr! links.)

Auch die Ausführungen des Herrn v. Henkebrand über die Wilsonschen Friedensgrundlagen waren nicht gerade von Zustimmung getragen. Wir brüden im Gegensatz zu ihm unsere vorbehaltlose Genugtuung über die Erklärungen des Kanzlers gegenüber Wilson aus. (Beifall links.) Wir fügen dabei nicht hinzu, wie wir sie auffassen. Auch ein Erbittet aus der Michaelizeit und kein gutes! (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Wir glauben, daß die vier Grundlagen Wilsons die Voraussetzung bilden können für die Schaffung eines allgemeinen Friedens und für die Verhinderung künftiger Kriege. Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und das deutsche Volk will ihn aus tiefster Seele. Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Welt vor schicksalsschwersten Entscheidungen stehe, und die Welt weiß, was dieser Hinweis bedeutet. Das deutsche Volk wünscht aus heißem Herzen, daß die schweren Blutopfer vermieden werden möchten. Wollen aber unsere Feinde aus Haß oder aus Eroberungslust den Kampf fortsetzen, dann werden sie von neuem erfahren, daß die deutsche Kraft ungebrochen ist, ungebrochen der Wille des deutschen Volkes zur Verteidigung des Vaterlandes, zur Erhaltung seiner territorialen Unverletzlichkeit und mit Ruhe und unerschütterlichem Vertrauen auf unser kampferprobtes Heer und auf seine Kühn weitausschauende Führung sehen wir den kommenden Entscheidungen entgegen. (Beifall.)

Bei der inneren Politik hat der Abg. v. Henkebrand seinem Unwillen darüber Ausdruck gegeben, daß die konservative Partei nicht so völlig ausgeschaltet sei. Wenn die Umschaltung wirklich erfolgt ist — die Haltung der konservativen Partei ist

selbst daran schuld. (Sehr richtig! links.) Es ist das gute Recht der Konservativen, die politische Haltung des Vizekanzlers zu bekämpfen, und niemand verlangt, daß sie schweigen soll. Aber sachlich hat der Abg. v. Henkebrand die Rede des Vizekanzlers in keiner Weise widerlegen können. Die Rede des konservativen Führers war wohl temperamentvoll in der Form, aber überaus mager in ihrem Inhalt und sie hat letzten Endes die Berechtigung der Rede des Vizekanzlers nur erwiesen. (Sehr richtig! links.) Die gestrige kurze Rede des Reichskanzlers hat klar gezeigt, wie verfehlt die Bemerkungen sind, einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter zu konstruieren. (Sehr richtig! links.) Mit Recht hat Herr von Payer Sicht und Schatten gleichmäßig verteilt und Verstöße gegen das Gebot des Zusammenhaltens nicht nur auf der Linken, sondern auch auf der Rechten gesehen. Verlangen denn etwa die Konservativen, daß ein Minister bei ihnen Halt machen soll, wenn es sich darum handelt, unerfreuliche Erscheinungen des öffentlichen Lebens festzustellen? Die Zeit ist vorbei, wo solche Sünden der äußersten Rechten gegen die Einheit und Geschlossenheit des Volkes vom Ministerialstuhl ungerügt blieben. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.) Ich erinnere nur an die Agitation der Vaterlandspartei und an den jüngst von Herr v. Tirpitz selbst wieder entseffelten Streit über den Beginn des U-Boot-Krieges. In Köln hat Herr v. Tirpitz erklärt, die Vorbereitungen zum U-Boot-Krieg hätten zu lange gedauert. (Hört, hört! links.) Damit hat er doch gegen irgend jemand einen Vorwurf erheben wollen. Wir greifen sein Wort auf. Aber wenn das richtig ist, so frage ich, wer die Schuld daran trägt, und die Antwort muß lauten: tua culpa, tua maxima culpa! (Sehr richtig! links.) Es kann nur darüber gestritten werden, ob bei den Auseinandersetzungen der letzten Zeit mehr von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken gesündigt worden ist. (Verhohle Zustimmung b. d. Volkspartei. — Großer Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Die Worte des Reichskanzlers und des Vizekanzlers liefen darauf hinaus, möglichst den Bürgerfrieden wiederherzustellen und ich bitte daher die Redner, sich zu bemühen, diesen Worten zu folgen.

Abg. Dr. Wiemer (fortfahrend): Ich bin vollständig damit einverstanden, aber ich kann die Erregung der Konservativen nicht begreifen. Wir müssen das Recht haben, anzusprechen, daß auch von rechts alles vermieden werden muß, was Erregung in das Volk hineintragen kann. (Beif. Zustimmung links. — Unruhe rechts.) Sind denn den Konservativen die unerfreulichen Vorkommnisse der letzten Zeit unbekannt? Kennen sie nicht das Wort eines ihrer Anhänger: Vox populi, vox Rindvieh! (Hört! hört! links.) Welche Schmähungen hat sich die Reichstagsmehrheit gefallen lassen müssen! Noch jüngst hat auf der Bündlerversammlung Herr v. Oldenburg von der „niederträchtigen Friedensresolution“ gesprochen, mit der die Reichstagsmehrheit der Armee in den Rücken gefallen sei. (Hört! hört! links.) Der Reichstag kann nicht beleidigt werden durch solche Worte eines Mannes, der die Gründe für jene Reichstagsentscheidung ebensowenig richtig einschätzen weiß, wie die Tragweite seiner eigenen Worte. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.)

Will Herr v. Henkebrand weiter im Ernst das unglücklich Wort verteidigen von dem Kanzler, der nichts taugt, wenn nicht auf ihn geschossen würde, der aber selbst auch schließen müsse. (Unruhe rechts.) Dieses Spiel mit dem Bürgerkrieg ist eine böse Losse Leichtfertigkeit. (Beif. Zustimmung links.) Der Vizekanzler war nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, solchen Ausschreitungen entgegenzutreten. (Sehr wahr! links.) Herr von Henkebrand hat gestern gesagt, es sei ein Affront sondergleichen, wenn man seine Partei auf eine Stufe stelle mit Parteien, die die Mittel zur Kriegführung verweigert hätten. Zunächst hat der Vizekanzler das gar nicht getan. Aber wenn es geschehen wäre, was wäre denn dabei? Wie oft haben sich in diesem Hause bei Abstimmungen äußerste Rechte und äußerste Linke zusammengefunden! (Sehr gut! links. — Lachen rechts.) Und schließlich ist Herr v. Payer nicht als Bürokrat, sondern als Vertreter bestimmter politischer Ansichten in den Reichstag eingetreten. Das Vertrauen der konservativen Minderheit würde er nur gewinnen können, wenn er konservative Politik machen würde. Das ist aber nicht seine Aufgabe als Mitglied der Regierung. Die ganze Erregtheit und die Empfindlichkeit der Rechten rührt nur daher, daß der Vizekanzler eine andere Politik, als die konservative Partei es wünscht, hier vertreten hat. (Sehr richtig! links.) Wenn früher Mitglieder der Regierung Parteien des Hauses angriffen, Subel herrschte auf den konservativen Bänken. Die letzte Regierung ist nur der Ausdruck des Zornes darüber, daß die Herrschaft der Junker ins Wanken gekommen, daß die konservative Politik erfolglos geblieben ist. (Sehr wahr! links.) Die ganze Richtung paßt den Herren nicht. Wir aber freuen uns des neuen Kurses und wir hoffen, daß er gute und erfolgreiche Arbeit leisten wird. (Beifall links.)

Die Steuerfrage.

Nun zum Etat selbst. Er ist wieder ein rechter Kriegsetat und bildet kein genaues Bild der Wirklichkeit. Die harte Wirklichkeit spricht allein aus den Zahlen, die für die Verzinsung der Reichsschuld eingeseht sind. Ueber die neuen Kriegssteuern wird später zu reden sein. Unter keinen Umständen aber darf der neue Etat eher verabschiedet werden, ehe nicht die neuen Steuern bewilligt sind. Der alte Streit zwischen direkten und indirekten Steuern wird wieder aufleben, und der Steuerpartikularismus der Einzelstaaten wird sich wieder Geltung zu verschaffen suchen. Hier gilt es: Fort mit allen Reservatrechten der Bundesstaaten, das Reich geht vor! (Beifall links.) Die Fürsorge für die Beamten verdient unsere ernste Aufmerksamkeit. Die Beamten-schaft muß leistungsfähig und intakt erhalten bleiben. (Sehr richtig!) Die Zuwendungen an die Beamten müssen eine wirkliche Hilfe darstellen. Mittelstand und Handwerk haben unter dem Kriege am meisten gelitten, und deshalb verdienen auch diese wichtigen Faktoren des Wirtschaftslebens unsere Unterstützung. Sie zu stärken wird eine der wichtigsten Aufgaben nach dem Kriege sein. (Zustimmung.)

Wir verkennen nicht, daß manche Einrichtungen der Kriegswirtschaft nützlich gewirkt haben, aber wir wünschen nicht, daß Organisationen, die nur für den Krieg geschaffen worden sind, verewigt werden. (Sehr richtig!) Wir wollen möglichst bald aus der Kriegswirtschaft herauskommen. Verschiedenheiten in der Behandlung von Stadt und Land aus dem Gebiete der Ernährung haben große Verwirrung hervorgerufen. Die Bestimmungen über die Abschladungen waren verfehlt. Die städtische Bevölkerung verkennt nicht die Schwierigkeiten der Landbewohner. Wer man hat vielsach auf dem Lande die Interessen der Moomeinheit hinter die eigenen Interessen zurückgestellt. (Sehr richtig! links.)